



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Grundlagenarbeit, Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22-1155
grundlagenarbeit@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

BUNDESARBEITSKAMMER
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

G.-Zl.: GLA-2024/19/HIPE/JG
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

MMag. Peter Hilpold

DW: 1154

Innsbruck, 22.01.2024

Betrifft: 35. StVO-Novelle

Bezug: Ihr Schreiben vom 18.01.2024
Zust. Referentin: Stefanie PRESSINGER

Werte Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeiterkammer Tirol bedankt sich für die Möglichkeit, zur 35. Novelle zur Straßenverkehrsordnung wie folgt Stellung zu nehmen:

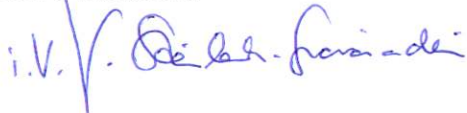
Neben einer Reihe von Detailanpassungen ist die zentrale Neuerung dieser Novelle, dass die zuständigen Behörden in Ortsgebieten die maximal zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h senken können, und zwar beschränkt auf jene Bereiche, in denen ein besonderes Schutzbedürfnis vorliegt. Hierzu werden ausdrücklich Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Senioreneinrichtungen sowie Freizeiteinrichtungen genannt, sofern sie von Kindern oder älteren Menschen besucht werden. Neu ist auch, dass den Gemeinden auch dann die Kontrolle zur Einhaltung der Geschwindigkeitsgrenzen übertragen werden kann, wenn sie über keinen eigenen Gemeindegewachkörper verfügen.

Aus Sicht der Arbeiterkammer Tirol ist diese Ausweitung der Kompetenz für Gemeinden im Bereich des Setzens und der Kontrolle von maximalen Geschwindigkeiten zu befürworten, da sowohl die Kenntnis über die Notwendigkeit gesenkter Tempolimits als auch die Möglichkeit zum Schaffen der Akzeptanz vor Ort am größten ist. Gleichzeitig ist es für uns aber wichtig, dass von Seiten der Gemeinden lediglich technische Einrichtungen mit bildverarbeitenden Geschwindigkeitsmessungen (Radarboxen) zur Überwachung zum Einsatz kommen

können, wie in den Erläuternden Bemerkungen festgehalten ist. Der Einsatz von Laserpistolen ist demnach nicht zulässig. Aus Sicht der Arbeiterkammer Tirol sollten diese wichtigen Ausführungen in den Gesetzesmaterialien hinsichtlich der Kontrollen durch die Gemeinden auch in Paragraph 94c Absatz 3 verankert werden, um entsprechende Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Mit kollegialen Grüßen

Der Präsident:



Erwin Zangerl

Der Direktor:



Mag. Gerhard Pirchner